

WERTSCHÄTZUNG DER FAMILIENARBEIT

Familienarbeit als Beruf – echte Wahlfreiheit durch finanzielle Gleichstellung inner- und außerhäuslicher Kinderbetreuung

„Eine Gesellschaftspolitik, die Familien schützt und ihnen sozial gesicherte Bedingungen bietet, leistet sich damit das optimale und möglicherweise einzig sinnvolle Programm zur Prophylaxe gegenüber den Verfallserscheinungen moderner Kindheit und Jugend, gegen Gewaltbereitschaft, Suchtanfälligkeiten und eine allgemeine Tendenz zu übermäßig egozentrischem Sozialverhalten. Kurzum, das Gelingen einer sozialen Kultur ist auf das frühe Glück der Kinder angewiesen.“
(W.Bergmann)

Wir sprechen uns bewusst nicht gegen Fremdbetreuung und die Erwerbstätigkeit von Müttern aus!

Unser Ziel ist es jedoch, eine Gleichstellung der außerfamiliären und der innerfamiliären Kinderbetreuung zu erreichen. Wir sprechen hier in der Kleinkindphase immerhin von mind. 50% aller Frauen, die das betrifft.

Es ist nicht einzusehen, dass außerfamiliäre Kinderbetreuung als Beruf anerkannt und bezahlt wird, hingegen Eltern, die sich bewusst dafür entscheiden, ihre Kinder überwiegend selber zu erziehen, nicht als berufstätig anerkannt und bezahlt werden.

Die weit überwiegende Mehrheit der Mütter möchten ihre Kinder selbst betreuen (siehe Studie der AK 70%, vergleichbare deutsche Studien 80%).
Junge Menschen haben mehrheitlich Sehnsucht nach der Gründung einer Familie und sowohl Mütter wie Kinder sehnen sich danach, beieinander bleiben zu dürfen.

Die Vereinbarkeit von Familie und Erwerbstätigkeit darf nicht auf Kosten der seelischen Gesundheit unserer Kinder und Überlastung der Eltern gehen.
Die vielfältigen Bemühungen um eine Vereinbarkeit der Erwerbstätigkeit von Müttern haben ihr Ziel nicht erreicht: eine Vermehrung von stabilen Familien und einer zu durchhaltender Leistung fähigen jungen Generation.

Folgende Rahmenbedingungen müssen daher seitens der Politik geschaffen werden: (Eine ständige Anpassung der Rahmenbedingungen für die gesunde Entwicklung der Familie ist erforderlich)

- 1. Es ist ein Berufsbild „Familienarbeit“ zu erstellen:**
Durch die Schaffung des Berufs „FamilienarbeiterIn“ entsteht Wertschätzung der innerfamiliären Kinderbetreuung, sowie Anerkennung in der Gesellschaft und finanzielle Unabhängigkeit.
Gerade junge moderne Frauen möchten berechtigterweise gesellschaftlich anerkannt sein, daher brauchen sie einen Status der finanziellen Unabhängigkeit. Derzeit fürchten Frauen mit Recht durch Familienarbeit ins gesellschaftliche Abseits zu geraten.
- 2. Es ist wichtig den Wert der familiären Kinderbetreuung für die Entwicklung des Kindes aufzeigen:**
Kinder brauchen Familie, Liebe, Zeit und Mitgefühl. Die Zunahme der negativen Sozialindikatoren: Kriminalität, Suchterkrankungen, Geburtenschwund und Ehescheidung sowie die unzureichende Leistungsfähigkeit vieler Jugendlicher, die

bereits bei Kindern in den ersten Grundschuljahren sichtbar wird, ist mitbedingt durch die wachsende Instabilität von Familien.

Wegen der Liebesverluste und der Bindungsstörungen werden einige Kinder depressiv, die anderen aggressiv. Zum Trostmittel, zum Kommunikationspartner und zum Vorbild werden ihnen das Fernsehen und der Computer. Später nehmen die Kinder dann auch noch den Alkohol und die Drogen dazu.

3. „Echte“ Wahlfreiheit ermöglichen durch finanzielle Gleichstellung der inner- und außerfamiliären Kinderbetreuung:

Derzeit wird nicht zuletzt auf Grund der finanziellen Situation entschieden, ob eine innerfamiliäre Kinderbetreuung möglich ist.

Es besteht eine krasse Benachteiligung bzw. Diskriminierung, wenn die Kinder innerfamiliär betreut werden.

Durch eine „echte“ Wahlfreiheit wird die Bereitschaft zu Familie und zu mehr Kindern gefördert, wertgeschätzt und unterstützt, somit wird auch langfristig der Generationenvertrag erfüllt und Arbeit und Wirtschaft gefördert.

4. Wir fordern Kostenwahrheit von inner- und außerfamiliärer Kinderbetreuung im Sinne der Gegenüberstellung der Kosten eines Familiengehaltes und der Kosten für sämtliche Familienzuschüsse inklusive aller Folgekosten:

Die finanzielle Belastung der öffentlichen Hand durch ein Familiengehalt wird die Beträge, die bei der flächendeckenden Einrichtung von Kinderbetreuungsstätten benötigt werden nicht übersteigen. Langfristig ist es das weniger teure Programm, weil Arbeits-, Liebes- und Bindungsfähigkeit bei den jungen Menschen gesteigert werden.

Durch die Direktzahlung an die FamilienarbeiterInnen entstehen keine Mehrkosten, sondern weniger Verwaltungskosten, überschaubare Geldflüsse und weniger Folgekosten

Durch den Beruf Familienarbeit werden neue Arbeitsplätze geschaffen, was zu einer Entspannung auf dem Arbeitsmarkt führt. Viele Frauen arbeiten oft nur deshalb, weil sie sonst nicht über die Runden kommen, und oft mit schlechtem Gewissen, wenn unversorgte Kinder Zuhause sind. Oft leben diese Familien an der Armutsgrenze. Durch „echte“ Wahlfreiheit wird wirkliche Vereinbarkeit von Familie und Beruf geschaffen.

Durch dieses neue Berufsbild erhöht sich die Anzahl der Versicherungseinzahler.

5. Elternbewusstsein stärken:

Eltern, die Wahlfreiheit vorfinden, können die Bedürfnisse der Kinder wahrnehmen und entscheiden, welche Form der Kinderbetreuung für sie die Bestmögliche ist.

Die Bedürfnisse der Familie können oft nicht mehr wahrgenommen werden, da eine Mehrfachbelastung und Überforderung der Eltern gegeben ist. Krankheiten, Burn-out und ein Schlittern in die Armutsfalle nehmen immer mehr zu.

Väter und Mütter sind nicht zu ersetzen durch Institutionen.

Durch starke und kompetente Eltern findet die Vermittlung von Werten und sozialem Wissen statt.

Keine Entmündigung der Eltern, die Verantwortung für Familienarbeit muss – bis auf Ausnahmen - immer bei den Eltern bleiben.

Derzeit wird die Erziehungsarbeit vermehrt an KindergärtnerInnen und LehrerInnen übertragen.

Während Geburtsvorbereitungskursen müssen Elternbewusstsein und Kenntnisse über Familienarbeit vermittelt werden.

Dem entstandenen Familienschwund muss entgegengewirkt werden. Mutterschaft als Hauptberuf für ein bis zwei Jahrzehnte ist heute wesentlich strapazierter, unbequemer und damit unattraktiver als der Aufbau einer selbständigen, materiellen Existenz.

6. **Das Berufsbild der FamilienarbeiterInnen muss im Bildungssystem aufscheinen:** Innerfamiliäre Erziehungsarbeit ist mehr als ein Vollzeitjob, sie ist Zukunftsarbeit und Gesellschaftsarbeit. Diese hochwertige Leistung für unsere Gesellschaft muss offiziell anerkannt werden

Deshalb brauchen wir ein Konzept, das den Wert der Familie wieder zur Geltung bringt, ohne dass das für Frauen zur Sackgasse wird.

Die Wahlfreiheit zur Ausbildung in den verschiedensten Berufen und zur Wiederaufnahme ihrer ursprünglichen Berufstätigkeit nach einer Familienphase, sowie spätere berufliche Weiterentwicklung müssen erhalten bleiben.

Ebenso berechtigt wie sinnvoll ist es, dass Eltern ihre Kinder selber begleiten und erziehen, solange sie es für notwendig halten.

Sie sollen die Möglichkeit haben, die in der Kinderbetreuungsphase erworbenen Fähigkeiten, nach und neben der eigenen Kinderbetreuungsphase, im Beruf Familienarbeit einsetzen zu können.

Eine Rückkehr der Mütter zum Familiendienst lässt sich ohne eine Veränderung der Einstellung und der Ausbildungssysteme nicht erwarten und nicht einfordern.

Wirkliche Vereinbarkeit von Familien- und Erwerbsarbeit entsteht, wenn die Familienarbeit als Beruf anerkannt und im Ausbildungsmodus berücksichtigt wird.

Angesichts des fortschreitenden Verfalls von sozialem Wissen und Bewusstsein ist es dringend notwendig, die fehlenden Lernfelder (Lebens- und Familienkunde) in den Schulen und Ausbildungsstätten einzubauen.

FamilienarbeiterInnen erziehen die Pensionszahler der Zukunft, erhalten aber selber keine Pension.

Wir fordern daher einen Gehalt der den Kosten einer außerhäuslichen Betreuung entspricht, mit Pensions- und Krankenversicherung wie bei jeder anderen Erwerbstätigkeit.

Die finanzielle Unabhängigkeit der Frauen bliebe erhalten. Alleinerziehende könnten sich besser geschützt fühlen. Es würden dann auch nicht mehr unerwünschte Schwangerschaften so oft zu Abtreibungen führen; denn die Kinder könnten ohne Not ausgetragen werden, da der Lebensunterhalt durch die eigenständige Erwerbstätigkeit der jungen Mutter gesichert wäre, ohne dass sie ihr Kind verlassen müsste..

7. **Schaffung von Dienstverhältnissen für LeiterInnen von Eltern-Kind-Zentren und LeiterInnen von Eltern-Kind-Gruppen, wie bei SpielgruppenbetreuerInnen und KindergärtnerInnen und Förderung dieser im Sinne der Netzwerk- und Bildungsarbeit:**

Diese Eltern-Kind-Zentren und die Eltern-Kind-Gruppen sind oft erste Kontaktstellen und leisten wichtige und ganz niederschwellige Unterstützung bei der Familienarbeit, deshalb fordern wir die gleiche Förderung wie in Kinderbetreuungseinrichtungen.

8. **Lobby für die Bedürfnisse und das Wohl der Kinder schaffen:**

Das Wissen über die früheste Entwicklung der Kinder, über die Phase, in der die Bindung zwischen Eltern und Kind, deren Liebe und Halt als Fundamente des kindlichen Selbst

gelegt werden, muss öffentlich bewusst gemacht und auf allen relevanten Ebenen berücksichtigt und vermittelt werden.

Bei der Debatte über die außerfamiliäre Kinderbetreuung müssen die Erkenntnisse der Gehirn- und Bindungsforschung, sowie die Information über die Folgen einer frühen Trennung von der Mutter unbedingt mit berücksichtigt werden. „Die anhaltende Entbehrung mütterlicher Fürsorge - bzw. eine sonstige positive konstante Bezugsperson - kann für das kleine Kind schwerwiegende und weitreichende Auswirkungen auf seinen Charakter und damit auf sein gesamtes zukünftiges Leben haben „(Bowlby 1951). In Anbetracht der Erkenntnis, wie notwendig Eltern sind, müssen die Eltern die Möglichkeit haben zu entscheiden, wie lange das Kind durch einen Elternteil betreut werden soll und dadurch dürfen keine Nachteile für die Familie entstehen.

Neben dem Ausbau der Kinderbetreuung auf der einen Seite, ist die Bereitstellung eines tragfähigen pensionsrechtlich abgesicherten Familieneinkommens notwendig, damit Eltern nicht die billigste, sondern die beste Form der Kinderbetreuung wählen können und dadurch Beruf und Familie tatsächlich vereinbaren können.

Wenn das „Wohl des Kindes“ wirklich im Mittelpunkt steht, dann wird Politik und Gesellschaft auch Wege finden, dies umzusetzen!

Initiative „Kinder in die Mitte“. Dies ist eine sehr begrüßenswerte Initiative des Landes

***„Ein Land ohne Kinder hat keine Zukunft. Ziel einer nachhaltigen und zukunftsorientierten Familienpolitik muss es sein, Mut zur Familie und Mut zum Kind zu machen. Das bedeutet, für jene politischen, sozialen und wirtschaftlichen Rahmenbedingungen zu sorgen, die es der jungen Generation ermöglichen, den Wunsch nach Familie und Kindern zu realisieren, in die Erziehung von Kindern zu investieren, Familie und Generationensolidarität zu leben und Fürsorge für andere als Teil der eigenen Lebensperspektive zu betrachten.“
(Aus dem Forderungsprogramm des Katholischen Familienverbandes)***

Wir hoffen auf „offene Ohren“ der politisch Verantwortlichen, denn wir fordern nichts Ungebührliches, sondern längst Fälliges. Im Hinblick auf unsere Kinder wäre es unverantwortlich, einfach den Dingen freien Lauf zu lassen.

Durch die von uns geforderte Chancengleichheit wird ein völlig frei wählbarer Weg und eine wirkliche Vereinbarkeit von Familie und Beruf geschaffen. Dies ermöglicht bei richtigem Einsatz der Mittel und der von uns gewünschten gesetzlichen Vorgaben, eine gerechte Gleichbehandlung von Frauen und Männern, die sich mit Hingabe und Eigenleistung der Betreuung ihrer Kinder und dem Beruf und der Gesellschaft widmen.

Diese Petition wurde erarbeitet von einer Vielzahl engagierter, betroffener Frauen.
Zusammengefasst von Katharina Pfanner, Manuela Vogel, Monika Greussing, Helga Frühwirth, Christel Blass, Emma Fechtig, Dr. Roland Andergassen, Dr. Christoph Hackspiel, StR. Mag. Judith Neustädter, Andrea Mäser

Überarbeitet am 29.01.2010